



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

U U

P/VIII/53 - 4.3.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Stalins Ende	S. 1
Wandlungen im USA-Sozialismus	S. 3
Das Bundesinnenministerium und der Fall Koppel	S. 5
Kirchliche Verleumdungen gegen die SPD	S. 6
Ostnachrichten	S. 7

Josif Wissarionowitsch Stalin

A.E. Seit dem Tode Lenins, dem Überwinder des Zarenreiches und Gründer der Sowjetunion, stand der Sohn eines georgischen Schusters, Josif W. Dschugaschwili, an der Spitze des zweitmächtigsten Landes der Erde. Sein Aufstieg vom unbekannter Revolutionär zum unbeschränkten Gebieter des Kreml und eines Sechstels der Erde gehört zu den faszinierendsten Erscheinungen unserer Epoche. Schon zu Lebzeiten wurde er mit Peter dem Grossen verglichen, jenem russischen Zaren, der Russland Europa erschloss und es aus dem Dasein eines halb barbarischen Staates in den Rang einer europäischen Grossmacht erhob. So sehr sich auch die beiden Männer in der rücksichtslosen, brutalen, Menschen nicht schonenden Durchsetzung ihrer Ziele glichen, so besteht doch ein himmelweiter Unterschied zwischen dem, was ein Peter und was ein Stalin erstrebte. Unter Peter wurde Russland Europa nähergebracht und seine Tore Nichttrussen weit aufgetan. Westliche Ideen und Anschauungen fanden Zugang bei der russischen Oberschicht. Unter Peter und seinen Nachfolgern kamen viele Deutsche und Franzosen als Unternehmer, Techniker, Berater und Erzieher ins Land. An Stalin knüpft sich der Begriff und die Tragödie des Eisernen Vorhangs. Er führte die Sowjetunion in die Isolierung. Er scheute die Berührung mit der Aussenwelt, er machte das Riesenreich zu einer von feindlichem Misstrauen erfüllten Festung, deren Sicherheit nach den Vorstellungen ihrer Beherrscher ständig bedroht bleibt.

solange die "kapitalistische Umwelt" besteht.

Gegner und Bewunderer des sowjetrussischen Diktators sagten ihm Verschlagenheit, Tücke, Grausamkeit, Bauernschlauheit und vor allem eine Willenshärte nach, die ihm schon vor dem ersten Weltkrieg den Namen Stalin - der Mann von Stahl - eintrug. Trotzki, sein grosser Gegenspieler nach Lenins Tod, war ihm an Geisteszgaben weit überlegen. Stalins Reden und Artikel sind trocken, ohne bestechende Formulierungen; es ist der Stil eines Subalternen. Niemals wirkte er durch die Ausdruckskraft der Sprache oder durch intellektuelle Überlegenheit. Seine Stärke lag in einer durch nichts zu erschütternden Entschlossenheit, einen Weg, den er einmal beschritten, bis zum Ende zu verfolgen und was sich ihm entgegenstellte, beiseite zu schieben.

Stalins Aufstieg zum unbeschränkten Selbstherrscher der Sowjetunion ist begleitet von Blut, Tränen und Leiden ungezählter Millionen Menschen. Während und unmittelbar nach der russischen Revolution trat Stalin als Volkskommissar für Nationalitätenfragen und als Generalsekretär der russischen Bolschewiki wenig in Erscheinung. Sein Wirken wurde von Trotzki, dem Schöpfer der Roten Armee, überschattet. Nach Lenins Tod kam der unveröhnliche Gegensatz zwischen beiden Männern offen zum Ausbruch. In diesem Ringen blieb Stalin Sieger. Der Gegensatz war nicht nur in den völlig verschiedenen Charakteren begründet - Trotzki lebte viele Jahre im Ausland, er war ein "Westler", sprach viele Sprachen; der sprachunbegabte Stalin hat nur zweimal für eine kurze Zeit nichtrussischen Boden betreten - er hatte sich entzündet an der grossen Auseinandersetzung über Wege und Ziele der russischen Revolution. Trotzki wollte die permanente Weltrevolution als ein Mittel zur Sicherung der russischen Revolution, Stalin entschied sich für den "Sozialismus in einem Lande". Dieser gewaltige Streit hatte weltgeschichtliche Folgen.

Unter Stalins Führung vollzog sich die Wandlung Russlands von einem Agrar- zum zweitgrössten Industriestaat der Welt. Mit der gewaltsamen Enteignung der russischen Bauern und nachfolgender Zwangskollektivisierung, in einem bis heute noch nicht abgeschlossenen Prozess der forcierten Industrialisierung, begann 1929 der zweite Abschnitt der russischen Revolution, der das Gesicht Russlands so entscheidend veränderte. Viele Millionen Bauern starben Hungers, beinahe alle Kampfgefährten Lenins, die ganze Alte Garde des Bolschewismus, die sich Stalins Politik widersetzten, blieb auf der Strecke. Sie wurde als Verräter diffamiert und schliesslich liquidiert. Stalins Ziel, den

Westen einzuholen und zu überholen, wurde allerdings trotz aller, dem russischen Volk mit Blut und Terror aufgezwungenen Opfer, nicht erreicht; noch immer bleibt die sowjetrussische Wirtschaftskraft weit hinter der des Westens zurück.

Die erregende Frage, ob Russland den Bolschewismus aufgesaugt oder der Bolschewismus Russland verschlungen habe, beschäftigt seit vielen Jahren die besten Köpfe der Welt. Aus Stalins Büchern, Reden und Schriften lassen sich Beweise sowohl für die eine Behauptung, dass die Sowjetunion niemals das Gesetz ihres Ursprungs verlassen kann, die Zittadelle und Beweger der Weltrevolution zu sein, anführen, als auch für die gegenteilige Ansicht, dass Moskau, zumindest temporär, mit einem Nebeneinander beider Systeme rechnet. Stalin war, zum Unterschied von Hitler, ein grosser Realist, der immer nur soweit ging, wie es die Sicherheit der Sowjetunion vertrug. Er scheute gewagte aussenpolitische Experimente. Er hielt auf dem letzten KP-Kongress in Moskau den Gegensatz innerhalb der kapitalistischen Länder für die nächste Entwicklung entscheidender, als den Gegensatz dieser Länder zur Sowjetunion. Hatte er noch bis vor wenigen Jahren als Leninschüler die Möglichkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und den bürgerlichen Ländern gepredigt, so malte er jetzt die Entwicklung zweier nebeneinander bestehender selbständiger Weltmärkte aus. Von diesen müsse der eine durch die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Interessen immer mehr verfallen, während der andere, von den Ostblockländern gebildet, immer höherer Blüte entgegengehe. Stalin sah im Zeitfaktor seinen Bundesgenossen. Seine Klugheit hinderte ihn daran, auf aussenpolitischem Gebiete Schritte vor der Zeit zu tun.

Noch kann man in diesem Stadium nicht die möglichen Auswirkungen von Stalins Ende für die Sowjetunion und für die Beziehungen dieses Landes zur übrigen Welt übersehen. Stalin kam zur Macht unter furchtbaren, die Existenz der Sowjetunion bedrohenden Cliquenkämpfen. Wird sein Nachfolger, mag er nun Malenkow oder Molotow - von dem es heisst, er sei schwer krank - heissen, die gleiche gefährliche Bahn beschreiten? Werden die Männer, die Stalins Gefolgschaft bildeten, zusammenhalten? Oder werden neue Richtungskämpfe innerhalb des Kreml ausbrechen mit ebenso weltweiten Ausstrahlungen wie jene nach Lenins Tod? Niemand kann es zu dieser Stunde wissen.

Kurswechsel bei den amerikanischen Sozialisten

Zu einem grundsätzlichen Buch von Norman Thomas

H. St. - New York

Der langjährige und unbestrittene Wortführer der amerikanischen Sozialdemokratie, Norman Thomas, der von 1928 bis 1948 sechsmal Präsidentschaftskandidat seiner Partei in amerikanischen Präsidentschaftswahlen war, hat in einer soeben erschienenen Schrift "Neubewertung des demokratischen Sozialismus" der sozialistischen Bewegung in den USA neue Wege gewiesen und neue Aufgaben gestellt. Der Tendenz nach ähnelt diese Neuorientierung sehr ähnlichen Entwicklungen der sozialistischen Parteien auf dem europäischen Kontinent in den letzten Jahren, vor allem in Deutschland und Frankreich; bei der Lektüre der Schrift Norman Thomas' wird man häufig ganz frappant an Léon Blums während des Krieges geschriebenes Buch "Blick auf die Menschheit" und an die ersten Nachkriegsreden Kurt Schumachers erinnert. Thomas' Buch atmet den Geist der großen und markanten Veröffentlichungen und Programmerkklärungen aller großen zeitgenössischen Persönlichkeiten des demokratischen Sozialismus, zu denen er ja auch gehört.

Denn Norman Thomas ist unbestritten eine markante Erscheinung von historischem Format, auch wenn die von ihm geführte Partei in den Vereinigten Staaten, anders als in Europa und neuerdings in vielen Teilen Asiens, nicht zu einer wirklichen Massenpartei aufsteigen und die Geschicke des Landes niemals direkt beeinflussen konnte. Kurz vor und kurz nach dem ersten Weltkrieg sah es eine Weile so aus, als ob die sozialistische Partei der USA sich ähnlich entfalten würde wie ihre Schwesterparteien in Deutschland, England, Frankreich und Italien; aber seit den zwanziger Jahren ging die Entwicklung in Amerika andere Wege, und das bestehende Zweiparteien-System erwies sich als stärker. Norman Thomas, der ewige Präsidentschaftskandidat der Partei, hat in Wahlen niemals mehr als einen bescheidenen Achtungserfolg errungen, und seit gut einem Vierteljahrhundert gibt es auch im Kongreß und in den Landesparlamenten der 48 Gliedstaaten der USA keine sozialdemokratischen Abgeordneten mehr.

Ohne Parallele in Europa

Dafür hat sich etwas anderes, sehr ungewöhnliches, herausgestellt, wofür es in Europa kaum eine Parallele gibt. Andere, nicht sozialistische Tendenzen kamen auf und übernahmen Teile des alten sozialistischen Programmes, bald mehr, bald weniger.

Zuerst gab es die Farmer-Reformbewegungen innerhalb der Republikanischen Partei und verschiedene "fortschrittliche" Reform- oder Volksparteien; dann gab es, sehr viel nachhaltiger und bedeutsamer, den fortschrittlichen "New Deal"-Flügel der Demokraten unter Roosevelt, und wenig später wuchsen die bis dahin wenig einflußreichen Gewerkschaften zu einer machtvollen Massenorganisation heran - und alle diese Reformtendenzen adoptierten sozialistische Programmforderungen, übernahmen Teile der sozialistischen Ideologie, und setzten sie im politischen Kampf durch. Norman Thomas und seine Freunde spielen seit gut dreißig Jahren die Rolle von Pionieren, Wegweisern und kühnen ideologischen Vortruppen; die Ausführung ihres Programmes blieb stets anderen, vor allem den New-Deal-Demokraten und den mit diesen verbündeten Gewerkschaften vorbehalten. Agrarreformen, Sozialgesetzgebung, gesetzliche Mindestlöhne, Staatskontrolle über Banken und Börse, systematische Vollbeschäftigungspolitik, staatlicher Wohnungsbau

und gewerkschaftliche Organisationsfreiheit: Tausenderlei Dinge, die in Europa seit langem zu den Selbstverständlichkeiten gehören, wurden in Amerika erst in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten durchgesetzt, fast durchweg nach harten Kämpfen, und immer in Befolgung älterer sozialdemokratischer Maximen und Programme.

Norman Thomas, nunmehr 68 Jahre alt und an der Schwelle des Greisenalters stehend, zieht in seinem eingangs erwähnten Buch die Lehre aus diesen Entwicklungen. Er empfiehlt seinen Parteifreunden, keine "Parteipolitik" im engeren Sinne mehr zu betreiben, sondern sich künftig auf die Funktion zu beschränken, die ihnen durch den Gang der amerikanischen Entwicklung zugefallen zu sein scheint: Lehrer, Erzieher, Wegweiser, Pioniere und Anregter zu sein, und diesen ihren lehrenden und Wege weisenden Aufgaben in den befreundeten Massenorganisationen nachzugehen, also vor allem in den Gewerkschaften, verschiedenen Kulturbünden und Genossenschaften, sowie den überparteilichen Vereinigungen der fortschrittlich-demokratischen Linken, die in der amerikanischen Politik ja eine beträchtliche Rolle spielen.

Europäische Lehren

Programmatisch empfiehlt Thomas seiner Partei ein Einschwenken auf die Linie des "humanitären Sozialismus" im Sinne Léon Blums. Praktisch hatte die Partei zwar ihre strikten marxistischen Grundsätze schon längst über Bord geworfen, aber theoretisch bildeten sie immer noch die Grundlage des Parteiprogramms. Thomas empfiehlt nunmehr eine Revision des Programms, im Lichte jüngerer europäischer Erfahrungen. Die Partei soll weiter für Sozialisierung der Produktionsmittel eintreten, aber nicht mehr davon ein "billiges Allheilmittel für alle Probleme" erwarten: Bodenschätze, Energiequellen, Stahlindustrie, Banken und Kreditanstalten sollen zwar der "demokratischen Kontrolle" unterstellt werden, aber im übrigen sei ein "Geist des Wettbewerbs" in der Wirtschaft nicht unbedingt schädlich. Freie Entfaltung und soziale Sicherung der menschlichen Persönlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte, friedliche Förderung der Selbstverwaltung kolonialer Völker u. dgl. werden künftig die Hauptanliegen des amerikanischen Sozialismus sein; dem Ideal des Staates will er die sozial geschützte freie Persönlichkeit entgegen stellen, der Geheimpolizei die persönliche Freiheit, dem Nationalismus die echte Freundschaft der Völker untereinander.

Thomas sucht, zierbewußt und mit ungebrochener Zuversicht, die Sturm- und Drangperiode der amerikanischen Sozialdemokratie durch eine neue Periode geklärter geistiger Reife abzulösen. Er liquidiert nicht die amerikanische Sektion einer weltweiten Bewegung, sondern er renoviert und spezialisiert sie. Der Erneuerungsprozeß ist nicht gänzlich identisch mit dem, den die sozialistischen Parteien Europas im Laufe des letzten Jahrzehnts durchgemacht haben - aber er beruht doch auf der gleichen Einsicht, erhält die Ideengemeinschaft mit den europäischen Freunden aufrecht und reicht diesen über den Ozean hinweg die Hände.

+ + +

"Ehrenvoller" Rückzug

C.G. Die Erklärung des Bundesinnenministers, nach der keine politischen Bedenken mehr gegen die Gewährung von Bundesbürgerschaften an den Hamburger Filmproduzenten Walter Koppel bestehen, zieht den Schlußstrich unter einen Vorgang, der mit seltener Deutlichkeit aufzeigte, in welcher erschreckend hohem Maße die Bundesregierung bereits die Praktiken eines autoritären Verwaltungsstaates gegenüber dem Staatsbürger anwendet.

Vor nunmehr zwei Jahren wurden Walter Koppel und der Real-Film Bürgerschaften ohne konkrete Angabe von Gründen, lediglich mit dem vagen Hinweis auf Zweifel an der demokratischen Gesinnung Koppels, verweigert. Der Bundesinnenminister hat niemals auch nur den Versuch gemacht, den Beweis für seine leichtfertige Behauptung anzutreten, Koppel unterhalte Beziehungen zu kommunistischen Kreisen. Wenn der Bundesinnenminister jetzt erklärt, daß die Prüfung des Gesamtergebnisses der bis zur jüngsten Zeit geführten Ermittlungen nun die Möglichkeit ergeben habe, seine Bedenken nicht länger geltend zu machen, so spricht aus diesem Satz allzu deutlich das Bemühen, sich mit Anstand aus der Affäre zu ziehen.

Offensichtlich macht sich aber der Herr Bundesinnenminister diese Anstrengung etwas zu leicht. Gerade jetzt muß noch einmal mit aller Klarheit festgestellt werden, daß es ein für einen Rechtsstaat unmögliches Verhalten bedeutet, einen Staatsbürger zwei Jahre lang grundlos schwer zu verdächtigen, ja geradezu zu diffamieren, ihn durch Entziehung der Bundesbürgerschaften schwer zu schädigen, um dann mit dem Brustton der Überzeugung zu erklären, daß plötzlich keine politischen Bedenken mehr geltend zu machen seien. Der Bundesinnenminister sagt mit keinem Wort, welche Veränderung der Sachlage ihn zu diesem Meinungsumschwung veranlaßt hat, ja er gibt nicht einmal zu, sich getäuscht zu haben. In Wahrheit konnte die Verweigerung der Bundesbürgerschaften gegenüber der Realfilm niemals durch Tatsachen begründet werden, sie war Ausdruck einer Hysterie à la Mc Carthy, die sich mit dem Bestreben verbunden haben mag, die Filmproduktion im sozialdemokratischen Hamburg entscheidend zu schwächen.

Der Druck der öffentlichen Meinung, quer durch alle politischen Richtungen, nicht zuletzt aber das ständige Eintreten des Hamburger Senats für die Realfilm und die Interpellation der SPD im Bundestag in dieser Angelegenheit haben nun endlich dazu geführt, daß ein Akt der reinen Willkür beendet wurde. Das kann als erfreuliche Tatsache gewertet werden, gerade zu einem Zeitpunkt, da die Exekutive des Bundes sich mehr und mehr über demokratisches Empfinden hinwegsetzen zu können glaubt. Die Form der Erklärung des Bundesinnenministers aber, die nur darauf abgestellt ist, nicht das Gesicht zu verlieren, schränkt diese zunächst positive Feststellung erheblich ein und zwingt auch für die Zukunft zu stärkster Wachsamkeit gegenüber undemokratischen Machenschaften der jetzigen Bundesregierung.

+ + +

Immer wieder: Die gottlose SPD

KT - München

Es ist kein neues aber ein verwerfliches Spiel, was man in jüngster Zeit in Bayern mit der Sozialdemokratischen Partei treibt, nach dem Motto: "Brüder und Schwestern, wir warnen euch! Wählt nicht die SPD, denn sie ist gegen Gott, die Religion und die Kirche". Diese Verleumdung scheint das letzte Mittel zu sein, um den Vormarsch der SPD auch im stark katholischen Bayern aufzuhalten, eine Methode, die im Grunde nur ein bezeichnendes Licht auf die geistige Haltung dieser Kreise wirft. Die gleiche Melodie hört man von den Kanzeln, in Hirtenbriefen und in Versammlungen.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Landesvorstand der SPD in Bayern haben sich scharf gegen diese Verunglimpfung der weltanschaulichen Haltung der SPD gewandt. Sie haben erneut erklärt, daß Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle sozialdemokratischer Grundsatz sei. Sie haben weiter darauf hingewiesen, daß die SPD als soziale Kraft auch für die Kirche Bedeutung habe, und daß im übrigen nahezu alle Mitglieder der SPD oder ihre Wähler der katholischen oder evangelischen Kirche angehören. Man sollte eigentlich nicht glauben, daß es diesen Hinweisen 1953 noch bedurft hätte, und doch war er dringend notwendig.

Um ein Beispiel herauszugreifen: Das Regensburger Bistumsblatt, die "Regensburger Tagespost" und das Passauer Bistumsblatt erhoben in ihrer letzten Ausgabe äußerst heftige Angriffe gegen den sozialdemokratischen Staatssekretär Dr. Brenner vom bayerischen Kultusministerium, weil er eine Bekanntmachung des Kultusministeriums bezüglich einer Änderung des Bildungsplanes für die bayerischen Volksschulen unterzeichnet hatte. Die drei genannten Informationsblätter haben behauptet, Brenner wolle damit eine kalte Reform des Bildungswesens durchführen und der antichristlichen Erziehung in Bayern Tür und Tor öffnen. Auch

denjenigen, die das behaupteten, mußte, wie jedem Zeitungsleser in Bayern, bekannt sein, daß der sozialdemokratische Staatssekretär in Vertretung des Ministers lediglich einen Beschluß des Landtags vollzog, der im kulturpolitischen Ausschuß unter dem Vorsitz des katholischen Prälaten Meixner und in der 119. Plenarsitzung unter dem Vorsitz des katholischen Landtagspräsidenten Dr. Mundhammer einstimmig - also auch mit den Stimmen der stark katholischen CSU - zustande gekommen war. Trotzdem hat man die Kampagne gegen den sozialdemokratischen Politiker und gegen die SPD gestartet.

Wer sich diesen Tatbestand in Ruhe ansieht, wird zugeben müssen, daß es sich hier um einen Versuch zu bewußter Inoffizialität handelt. Das aber ist gerade das Bedauerliche: Nicht mehr die tatsächliche (oder vermeintliche) Notwendigkeit zur geistigen Auseinandersetzung ist maßgebend, sondern die Absicht, zu diffamieren. Daß dieses Verfahren von Kreisen gewählt und bevorzugt wird, die in besonderem Maße Anspruch auf eine moralische Haltung erheben, macht den Vorgang besonders unerfreulich.

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Zwangseinsparungen bei der Sozialversicherung

Zur Erfüllung des sowjetzonalen staatlichen Haushaltesplanes ist man zu verstärkten Zwangseinsparungen bei der Sozialversicherung übergegangen. Besonders betroffen von diesen Maßnahmen sind die Altersrenten. Frühere Arbeitnehmer, die nach 1945 aus dem Beschäftigungsverhältnis ausgeschieden waren, die aber ihren Anspruch auf Altersversorgung weiterbehielten, wenn sie bereits im Jahre 1945 die Bestimmungen über die Anmeldung der Anwartschaft erfüllten, gingen jetzt ihrer Ansprüche verlustig. Der Kreis derjenigen, die diese Anmeldung in dem Durcheinander des Jahres 1945 vergessen hatte, geht in die Zehntausende. Vor allem getroffen werden die Umsiedler, die erst nach 1945 aus Polen und den Gebieten ostwärts der Oder und Neiße ausgewiesen wurden. Diese Umsiedler haben keine Möglichkeit, ihre Papiere und Sozialversicherungskarten vorzuweisen, so daß ihr Anspruch auf Altersversorgung verloren geht. Nach den jetzt in Kraft getretenen Bestimmungen erhalten die in der Sowjetzone sozialversicherungspflichtigen kleinen selbständigen Gewerbetreibenden im Falle der Invalidität ihre Rente nur, wenn das Geschäftsunternehmen vollständig aufgelöst wird.

X

Lohnsenkung bei erhöhter Arbeitszeit

Im Edeltahlwerk Dohlen bei Freital hat die Einführung der neuen Lohngruppenkataloge große Empörung hervorgerufen. Der Lohngruppenkatalog bringt für die Mehrzahl der Belegschaftsmitglieder eine neue Lohnsenkung um 7%. Gleichzeitig sollte in der Gaszentrale und im Stahlwerk der organisierte Schichtwechsel eingeführt und dadurch die Arbeitszeit erhöht werden. Weiter sehen die neuen Kataloge den Wegfall der üblichen Sonntagszuschläge vor. Die Empörung der Belegschaft hat die SED gezwungen, von der sofortigen Inkraftsetzung der Kataloge abzusehen. Die Belegschaft hat durchgesetzt, daß der Katalog erst am 1. April in Kraft tritt und daß auch dann noch eine Übergangszeit von einem viertel Jahr gewährt werden muß, bis die Löhne nach den neuen Bestimmungen gezahlt werden. Die SED-Betriebsgruppe ist von Bezirk wegen dieser Zugeständnisse heftig kritisiert worden.

Verantwortlich: Peter Kappau